



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 20/17 • 18.05.2017



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

In der vergangenen Woche fand die 123. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen in Brüssel statt.

Behandelt wurde auf dieser Ausschusssitzung u.a. zum Einen die Stellungnahme von Staatssekretär Dr. Michael Schneider zur „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“, womit der AdR Vorreiter bei den Europäischen Institutionen in der Befassung zu diesem Thema ist.

Zum Anderen war die Stellungnahme des Mitgliedes des sachsen-anhaltischen Landtages, Frau Katrin Budde, zum Thema „Lokale und regionale Dimension der Bioökonomie und die Rolle der Städte und Regionen“ Gegenstand der Sitzung.

Damit war Sachsen-Anhalt gleich mit zwei von insgesamt 10 Stellungnahmen in dieser Plenartagung vertreten. Beide Stellungnahmen wurden im Plenum angenommen. Weitere Details zu den Stellungnahmen und den weiteren Tagesordnungspunkten der Plenartagung finden Sie auf S. 8 ff.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aus den Institutionen	4
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Kommission – Reflexionspapier zur Globalisierung• Europäische Kommission – Konsultation zur Top-Level-Domain .eu gestartet• Europäische Kommission – Europäisches Gesellschaftsrecht modernisieren• Europäische Kommission – Vorschläge zu Datenwirtschaft, Cybersicherheit und Online-Plattformen• Bulgarin Mariya Gabriel soll neue EU-Kommissarin für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft werden• Europäisches Parlament – Verschwendung von Lebensmitteln verringern• Ausschuss der Regionen – 123. Plenartagung• Ausschuss der Regionen beschließt Stellungnahme zur Bioökonomie	
Aus den Fachbereichen	12
<ul style="list-style-type: none">• Frühjahrsprognose 2017• EU-Tierschutzplattform startet• Der 21. Mai zum offiziellen europäischen Tag „Natura 2000“ erklärt• Kulturprogramm Kreatives Europa – Tunesien nimmt teil• Beitritt der EU zur internationalen Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen• Flugsicherheit in der EU: Schwarze Liste aktualisiert• 715 Europäische Festivals mit dem EFFE-Label ausgezeichnet	
Was, wann, wo	17
<ul style="list-style-type: none">• Veranstaltung zum Reformationsjubiläum• Podiumsdiskussion: Die Schranken des Urheberrechts für Bildung und Wissenschaft im Lichte der EU-Urheberrechtsreform• Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung zum Thema „Next Generation Internet“• INTERREG-Projekt PURE COSMOS tagt in der IB – Weniger Bürokratie durch Digitalisierung• Europäische Forschungsförderung – Informationsveranstaltung	
Ausschreibungen	22
<ul style="list-style-type: none">• KOM – Stellenausschreibung Exekutivdirektor• Ausschreibung des Europäischen Kooperationsprojektes "eeemerging"• Preisausschreiben des Europäischen Kooperationsprojekts "Turn on Literature"• Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt sucht neue(n) Mitarbeiter/-in	
Kontaktbörse	25
<ul style="list-style-type: none">• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
Büro intern / Tipp	27
<ul style="list-style-type: none">• GOEUROPE - Quizfragen	
Ihr Kontakt zu uns	29
Impressum	30



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Reflexionspapier zur Globalisierung

Die Europäische Kommission hat am 10. Mai ihr Reflexionspapier „Globalisierung meistern“ zum zukünftigen Umgang mit der Globalisierung und ihren Effekten zum Nutzen der Bürger und Wirtschaft in der Europäischen Union vorgestellt. Auf der Basis einer ausgewogenen Bewertung der Vor- und Nachteile der Globalisierung will die Kommission eine Diskussion anstoßen, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten den Globalisierungsprozess so regelbasiert und nachhaltig gestalten können, dass negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und die Chancen daraus genutzt werden.



Das Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“ schließt sich an das Weißbuch über die Zukunft Europas vom 1. März an, in dem die größten Herausforderungen und Chancen für Europa in den nächsten zehn Jahren behandelt werden. Das Weißbuch steht am Anfang eines Prozesses, in dessen Rahmen die EU-27 die Weichen für die Zukunft der Union stellt.

Im Reflexionspapier wird unvoreingenommen untersucht, was die Globalisierung der EU gebracht hat. • *eag Quelle: PM KOM*

Die Reihe der Reflexionspapiere wird demnächst mit weiteren Papieren zu folgenden Themen fortgesetzt:

- Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten vom Juni 2015,
- Zukunft der Verteidigung Europas,
- Zukunft der EU-Finanzen.

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Reflexionspapier der Kommission: „Die Globalisierung meistern“ [Link](#)

Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“ [Link](#)

Pressekonferenz zur Vorstellung des Reflexionspapiers mit Frans Timmermans und Jyrki Katainen [Link](#)

Hintergrundinformationen [Link](#)

Europäische Kommission – Konsultation zur Top-Level-Domain .eu gestartet



Mit einer am 12. Mai gestarteten Konsultation der .eu-Domain will die EU-Kommission prüfen, ob die geltenden Regeln für die Domain noch zeitgemäß sind.

Die Einführung einer Top-Level-Domain für die Europäische Union wurde 2002 beschlossen; nach dem Aufbau der technischen Infrastruktur wurde die .eu-Domain 2005 eingeführt. Seitdem hat sich der Markt für Domains sehr dynamisch und wettbewerbsorientiert entwickelt. Jetzt will die Kommission herausfinden, ob die Regeln für die .eu-Domain geändert oder aktualisiert werden müssen.

Für die Registrierung einer .eu-Domain ist ein Wohnsitz oder eine Niederlassung in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, Norwegen, Island oder Liechtenstein notwendig. Die



Vergabe einer Domain läuft vollständig automatisiert ab und dauert in der Regel nur wenige Minuten. Das Register EURid verwaltet die länderspezifischen Top-Level-Domains (TLD) .eu im Auftrag der Europäischen Kommission.

Ende März 2017 waren 3,7 Millionen .eu-Domains registriert, damit lag die Domain auf Platz sieben im internationalen Vergleich.

Die Konsultation läuft bis zum 4. August. Alle Bürger, Unternehmen, Verbände und Organisationen sind eingeladen, sich zu beteiligen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Daily News vom 12.05.2017 [Link](#)

Konsultation [Link](#)

Europäische Kommission – Europäisches Gesellschaftsrecht modernisieren

Die EU-Kommission plant eine Modernisierung des europäischen Gesellschaftsrechts. Dazu hat sie am 1. Mai eine öffentliche Konsultation gestartet, in der Interessierte ihre Sichtweise und Ideen einbringen können. „Unser EU-Binnenmarkt bietet europäischen Unternehmen enorme Möglichkeiten und ist ein Motor für Wachstum und Beschäftigung. Die EU-Vorschriften zum Gesellschaftsrecht entsprechen jedoch nicht mehr unserem digitalen Zeitalter“, so Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung. „In vielen grenzübergreifenden Situationen sind sich Unternehmen nach wie vor unsicher in Bezug auf die Rechtslage. Wir brauchen moderne, klare Vorschriften.“



EU-Kommissarin Jourová erklärte weiter: „Auch bei der praktischen Umsetzung der Vorschriften sollten wir mit der Zeit gehen: Unternehmen sollten überall dort, wo es möglich ist, digitale Instrumente nutzen können, von der Eintragung des Unternehmens über die Erfüllung der Berichtspflichten bis hin zur Kommunikation mit den Aktionären.“

Die öffentliche Konsultation läuft bis 6. August 2017. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Konsultation zur Modernisierung des europäischen Gesellschaftsrechts [Link](#)

Europäische Kommission – Vorschläge zu Datenwirtschaft, Cybersicherheit und Online-Plattformen



Zur Hälfte ihrer Amtszeit hat die Europäische Kommission am 10. Mai Bilanz gezogen, wie ihre Strategie zum digitalen Binnenmarkt bisher in der EU umgesetzt wurde. Außerdem hat sie neue Vorschläge in den Bereichen Datenwirtschaft, Cybersicherheit und Online-Plattformen angekündigt.

Seit Mai 2015 hat die EU-Kommission 35 Legislativvorschläge und politische Initiativen präsentiert. Nun geht es vorrangig darum, eine [politische Einigung](#) mit dem Europäischen Parlament und dem Rat über alle Vorschläge zu erzielen, vor allem über die [überarbeiteten EU-Telekommunikationsvorschriften](#).

Außerdem hat die Kommission in ihrer aktuell vorgelegten [Mitteilung](#) weitere Vorschläge angekündigt:



- Im Bereich der **Datenwirtschaft** bereitet die Kommission eine Rechtsetzungsinitiative zum grenzüberschreitenden freien Fluss nicht personenbezogener Daten (Herbst 2017) und eine Initiative zur Zugänglichkeit und Weiterverwendung öffentlicher und öffentlich finanzierter Daten (Frühjahr 2018) vor. Ferner wird die Kommission ihre Arbeiten zu Haftungsfragen und anderen sich abzeichnenden Datenfragen fortsetzen.
- Im Bereich der **Cybersicherheit** wird die Kommission bis September 2017 die europäische Cybersicherheitsstrategie und den Auftrag der [Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit](#) (ENISA) überprüfen, um diese an den neuen EU-weiten Rahmen für Cybersicherheit anzupassen. Die Kommission wird außerdem Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Cybersicherheitsnormen sowie der Zertifizierung und Kennzeichnung ausarbeiten, um die Cybersicherheit vernetzter Objekte zu erhöhen.
- Im Bereich der **Online-Plattformen** wird die Kommission bis Ende 2017 eine Initiative gegen missbräuchliche Vertragsklauseln und unlautere Handelspraktiken vorbereiten, die in den Beziehungen zwischen Plattformen und Unternehmen festgestellt wurden; sie hat zudem kürzlich wettbewerbsrechtliche Durchführungsbeschlüsse gefasst, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Die Kommission hat mehrere Dialoge mit Online-Plattformen innerhalb des digitalen Binnenmarktes aufgebaut (z. B. EU-Internetforum, Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet und Gemeinsame Absichtserklärung zum Verkauf nachgeahmter Güter über das Internet) und will diese nun besser koordinieren. Eines der Ziele sind Fortschritte bei den verfahrenstechnischen Aspekten und Grundsätzen für die Entfernung illegaler Inhalte (Melde- und Abhilfeverfahren) auf der Grundlage von Transparenz und Schutz der Grundrechte.

Außerdem befasst sich die Kommission mit der Notwendigkeit weiterer Investitionen in digitale Infrastrukturen und Technologien in Bereichen, wo diese die Möglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten bei weitem übersteigen würden, was insbesondere bei Hochleistungsrechnersystemen der Fall ist.

Laut einer neuen und ebenfalls am 10. Mai veröffentlichten [Eurobarometer](#)-Untersuchung glauben zwei Drittel der Europäer, dass die Nutzung der neuesten digitalen Technik sich positiv auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und ihr eigenes Leben auswirken wird. Die Mehrheit der Befragten erwartet von der EU, den Mitgliedstaaten und den Unternehmen, dass sie geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Probleme der Digitalisierung (z. B. Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und Notwendigkeit besserer digitaler Kompetenzen) in den Griff zu bekommen. Der digitale Binnenmarkt gehört zu den obersten Prioritäten der Juncker-Kommission. Ein reibungslos funktionierender digitaler Binnenmarkt könnte mit 415 Mrd. Euro jährlich zu unserer Wirtschaftsleistung und zur Schaffung von Hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen beitragen. Nur zwei Jahre nach dem Start der Initiative kann die EU bereits eine Reihe wichtiger Erfolge vorweisen:

- die [Abschaffung der Roaminggebühren](#) ab dem 15. Juni dieses Jahres für alle Reisenden in der EU;
- die [Portabilität von Inhalten](#), die es den Europäern ab Anfang 2018 ermöglichen wird, mit den zuhause abonnierten Filmen, Musikdiensten, Videospielen oder E-Büchern auf Reisen zu gehen, oder
- die [Bereitstellung des 700-MHz-Funkfrequenzbandes](#) für die Entwicklung von 5G-Netzen und neuen Onlinediensten.

Über die endgültige Form der übrigen Vorschläge wird derzeit im Europäischen Parlament und im Rat noch verhandelt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:



Fragen und Antworten zur Halbzeitbewertung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt [Link](#)

Bericht über den Stand der Digitalisierung in Europa, einschließlich eines aktualisierten Berichts über die Telekommunikation und Länderinformationen [Link](#)

Bulgarin Mariya Gabriel soll neue EU-Kommissarin für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft werden

Die **Bulgarin Mariya Gabriel** soll neue **EU-Kommissarin für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft** werden. Kommissionschef Jean-Claude Juncker schlug die 37-Jährige Europaabgeordnete am Dienstag nach einem Treffen in Straßburg für dieses Ressort vor, wie die Behörde mitteilte. In den kommenden Wochen muss die Konservative sich noch einer Anhörung im Europaparlament stellen.

Bulgariens Kommissarsposten ist seit Ende Dezember verwaist, nachdem die damalige Haushalts- und Personalkommissarin Kristalina Georgieva zur Weltbank gewechselt war. Diese Bereiche übernahm daraufhin der deutsche Kommissar Günther Oettinger. Er war bis dahin für den Digitalbereich zuständig. Präsident Juncker richtete heute ein [Mandatsschreiben](#) an Mariya Gabriel, in dem ihre Hauptaufgaben und wichtigsten Verantwortungsbereiche als Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft ausführlich beschrieben sind.

Gabriel gehört seit 2009 dem Europaparlament an. Sie ist Mitglied im Justiz- und Innenausschuss und meldete sich im Plenum vor allem zur Flüchtlingskrise zu Wort. Sie gehört der konservativen Partei Gerb von Ministerpräsident Boiko Borissow an und ist seit 2014 auch eine der stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion. • dw

KOM-Pressemitteilung: [Link](#)

7

Europäisches Parlament – Verschwendung von Lebensmitteln verringern

Die Abgeordneten schlagen Maßnahmen vor, um die Lebensmittelverschwendung in der EU bis 2030 um die Hälfte zu verringern.

- Verringerung der Lebensmittelverschwendung bis 2025 um 30% und bis 2030 um 50%
- Erleichterung von Lebensmittelspenden
- Verwirrung bezüglich der Angaben zum „Mindesthaltbarkeitsdatum“ und „Verbrauchsdatum“ beenden

Das Parlament fordert die EU-Kommission auf, die Beschränkungen für Lebensmittelspenden aufzuheben und die Verwirrung bezüglich der Angaben zum „Mindesthaltbarkeitsdatum“ und zum „Verbrauchsdatum“ von Lebensmitteln zu beenden.

Die Entschließung wurde am 16. Mai mit 623 Stimmen verabschiedet, bei 33, Gegenstimmen und 20 Enthaltungen.

Die Abgeordneten fordern die EU-Länder auf, die Lebensmittelverschwendung bis 2025 um 30% und bis 2030 um 50% zu verringern (verglichen mit den Bezugswerten von 2014). Dieses Ziel wurde vom Parlament in einem im März abgestimmten Abfallgesetz festgelegt.

Die nationalen Behörden und alle Interessenträger sollen das Bewusstsein der Verbraucher bezüglich der Angaben zum „Mindesthaltbarkeitsdatum“ und „Verbrauchsdatum“ verbessern, insbesondere bezüglich der Tatsache, dass Lebensmittel auch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums noch essbar sind.



Die EU-Kommission sollte die möglichen Vorteile einer Beseitigung bestimmter Daten auf Produkten, von denen keine Gesundheits- oder Umweltrisiken ausgehen, prüfen.

Die EU-Kommission wird außerdem aufgefordert, die Mehrwertsteuerbefreiung von Lebensmittelspenden ausdrücklich für zulässig zu erklären. Der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) sollte zur Finanzierung von Sammlung, Transport, Lagerung und Vertrieb von Lebensmittelspenden genutzt werden.

In der EU gehen jährlich rund 88 Millionen Tonnen an Lebensmitteln verloren. Dies entspricht einer durchschnittlichen Menge von etwa 173 Kilogramm pro EU-Bürger. Deren Herstellung und Entsorgung verursacht 170 Millionen Tonnen CO₂ und verbraucht 26 Millionen Tonnen an Ressourcen. • *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Ausschuss der Regionen – 123. Plenartagung

Gleich mit zwei Initiativstellungen unter sachsen-anhaltischer Leitung fand die 123. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 11./12. Mai in Brüssel statt. Vertreten durch die beiden AdR-Mitglieder Herr Staatssekretär Dr. Schneider und Frau Katrin Budde nehmen hierbei die Stimmen Sachsen-Anhalts sowie der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine besondere Rolle im europäischen Kontext ein. So hat der AdR als erste EU-Institution überhaupt einen förmlichen Standpunkt zur EU-Kohäsionspolitik nach



2020 eingenommen. Berichterstatter StS Dr. Schneider legte hierzu die Stellungnahme zur „Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020“ vor. Die Stellungnahme setzt sich für eine starke, zielorientierte Kohäsionspolitik nach 2020 ein, die durch Verwaltungsvereinfachung und eine stärkere Einbindung der Regionen bei der Programmgestaltung zu einer effektiveren und auf die Bedürfnisse der Bürger zugeschnittenen Förderpolitik führen soll. In seinen

einleitenden Worten mahnte er an, dass es nicht selbstverständlich sei, dass die Kohäsionspolitik in ihrer jetzigen Form fortbestehen bleibe. Umso mehr bedürfe es gemeinsamer Anstrengungen für die zukünftige Gestaltung der Kohäsionspolitik. In diesem Zusammenhang befürwortete StS Dr. Schneider eine schlagkräftige Allianz für eine starke Kohäsionspolitik. Der AdR könne der Nukleus einer solchen Allianz sein, die sich aus den mit der Kohäsionspolitik befassten europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Akteuren zusammensetzen solle. Antonio Tajani, neu gewählter Präsident des Europäischen Parlaments, bedankte sich für die Vorlage der Stellungnahme und schloss sich der Aussage von StS Dr. Schneider an, dass es einer starken Kohäsionspolitik bedarf. Insgesamt 113 Änderungsanträge aus allen politischen Fraktionen zeigen, welche hohe Bedeutung der Kohäsionspolitik durch die Vertreterinnen und Vertreter beigemessen wird. Die Stellungnahme wurde mit großer Mehrheit im Plenum verabschiedet.



Als hochrangige Vertreter nahmen der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, sowie Vizepräsident der Europäischen Kommission Jyrki Katainen am Plenum teil und diskutierten mit den Mitgliedern des AdR über die Zukunft Europas. Vor dem Hintergrund zahlreicher aktueller Herausforderungen und eines zunehmenden Vertrauensverlustes seitens der Bürgerinnen und Bürger betonte Tajani, dass die Städte und Regionen am nächsten vor Ort sind. Die Mitgliedsstaaten, die Kommission und das Europäische Parlament müssen der Bevölkerung stärker zuhören. Neben der besseren Vermittlung von Erreichtem befürwortet Tajani auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Europäischem Parlament und dem AdR. Auch Vizepräsident Katainen sieht den AdR als wichtigen Partner zur Verknüpfung europäischer Politikvorhaben mit den Bürgern.

Am zweiten Tag des Plenums fand eine Aussprache mit EU-Kommissar Günther Oettinger über den EU-Haushalt und die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik statt. Kommissar Oettinger sprach sich dabei deutlich für eine starke Kohäsionspolitik nach 2020 aus und bot sich und seine Dienste als Partner für weitere zielorientierte Gespräche zur Weiterführung der Politik an. Zugleich betonte er vor dem Hintergrund des schrumpfenden EU-Haushalts und der wachsenden Prioritäten, denen man auf EU-Ebene begegnen müsse, die Notwendigkeit einer Reform der Kohäsionspolitik, um die Verwaltungslasten abzubauen, den EU-Mehrwert zu erhöhen und eine stärkere Ergebnisorientierung herbeizuführen.

Die Ansprache des Kommissars stieß im Plenum auf breite Zustimmung. In seiner Funktion als AdR-Berichtersteller lobte StS Dr. Schneider das eindeutige Bekenntnis Oettingers zur Kohäsionspolitik und unterstrich den vom Kommissar genannten Reformbedarf, der ebenfalls in seiner AdR-Stellungnahme festgehalten sei. Er sicherte Kommissar Oettinger die Unterstützung des AdR zur Stärkung der Kohäsionspolitik nach 2020 zu.



Insgesamt standen zehn Stellungnahmen zur Verabschiedung durch die politischen Entscheidungsträger der lokalen und regionalen Ebene an, u.a. zum Europäischen Solidaritätskorps, zur Gesundheit in Städten sowie zur EU-Erweiterungsstrategie. • as / df

Fotos:

European Union / Fred Guerdin, Patrick Mascart



Ausschuss der Regionen beschließt Stellungnahme zur Bioökonomie

Der AdR hat wie im Vorartikel ausgeführt ebenfalls eine Initiativstellungnahme zur lokalen und regionalen Dimension der Bioökonomie und der Rolle der Städte und Regionen einstimmig verabschiedet, die von der Landtagsabgeordneten Katrin BUDDE als Berichterstatterin und Elmar HEISTERKAMP als Experten verantwortet wurde. Die Erarbeitung der Stellungnahme erfolgte als Beitrag des AdR zur Überarbeitung der Bioökonomiestrategie der EU.

Unter BIOÖKONOMIE versteht man eine Wirtschaftsweise, in der fossile und mineralische Ressourcen durch NACHWACHSENDE ROHSTOFFE ersetzt und damit ganze Wertschöpfungsketten innerhalb einer Volkswirtschaft in die Nachhaltigkeit überführt werden können.



Die Europäische Kommission strebt an, die EU auf dem Gebiet der Bioökonomie zur WELTMARKTFÜHRERIN zu entwickeln und begrüßt die Initiative des AdR als wichtigen Beitrag für mehr Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Sie beteiligte sich mit zwei leitenden Beamten der GENERALDIREKTION FORSCHUNG UND INNOVATION an den Diskussionen im AdR (Wolfgang BURTSCHER, stellv. Generaldirektor und John BELL, Direktor Biowirtschaft).

Prämisse der Stellungnahme des AdR ist die Überzeugung, dass durch NACHHALTIG erzeugte Produkte unter Einsatz von nachwachsenden biologischen Ressourcen WIRTSCHAFTSWACHSTUM, soziale Entwicklung und UMWELTSCHUTZ miteinander vereint werden können.

Der AdR begrüßt die bisherigen Anstrengungen der Europäischen Kommission für die Etablierung der Bioökonomie und spricht sich dafür aus, die wissensbasierte Bioökonomie weiter auszubauen, weil darin insbesondere für die außerstädtischen Gebiete große Potenziale für WACHSTUM und BESCHÄFTIGUNG sowie für die Bewältigung der sich aus RESSOURCENVERKNAPPUNG und KLIMAWANDEL ergebenden Herausforderungen gesehen werden. Der AdR plädiert dafür, bei der anstehenden Überarbeitung der BIOÖKONOMIESTRATEGIE der EU die Erschließung des Potenzials der Bioökonomie für die lokale und regionale Entwicklung in den Mittelpunkt zu stellen und betont die Bezüge zu den regionalen Strategien für eine INTELLIGENTE SPEZIALISIERUNG, die KREISLAUFWIRTSCHAFT sowie die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung im nächsten FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM, der gemeinsamen AGRARPOLITIK und der KOHÄSIONSPOLITIK.

Außerdem müsse die EU-Förderpolitik stärker auf die Lösung von Herausforderungen vor Ort ausgerichtet werden und regional angepasste Lösungen unterstützen. Dies umso mehr, als bioökonomisch verwertbare Ressourcen zwar nahezu überall vorhanden, aber sehr unterschiedlich geartet sind und auch die Entwicklungsstände der Bioökonomie regional stark variieren. Es wird für die Bioökonomie die Ausschöpfung der bestehenden Möglichkeiten des EFSI 2.0 sowie Zugang zu den wichtigsten EU-Finanzierungsinstrumenten und deren projektbezogene KOMBINATIONSMÖGLICHKEIT gefordert.

Neben dem Aufzeigen der großen Linien der angestrebten Entwicklung befasst sich der AdR in der Stellungnahme auch mit problematischen Einzelfragen und benennt Hemmnisse, insbesondere die langen Entwicklungs- und Amortisationszeiträume. Daraus wird Forderung



nach Verfügbarmachung von RISIKOKAPITAL für auf dem Gebiet der Bioökonomie aktive KMU abgeleitet.

Insgesamt drängt der AdR auf eine mehrere Politikbereiche der EU umfassende, INTEGRIERTE, sektoral und regional vernetzte STRATEGIE, um der Entwicklung der Bioökonomie als QUERSCHNITTSAUFGABE angemessen Rechnung tragen zu können.

• *Gastartikel Holger Grünert*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Frühjahrsprognose 2017 - Wachstum und Arbeitslosenzahlen in Europa entwickeln sich weiter positiv



Die wirtschaftliche Erholung in Europa geht in das fünfte Jahr und hat alle EU-Mitgliedstaaten erreicht. Für 2017 und 2018 geht die Europäische Kommission von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Euroraum von 1,7 beziehungsweise 1,8 Prozent aus, für die EU insgesamt von 1,9 Prozent in beiden Jahren. In Deutschland dürfte das Wachstum dieses Jahr bei 1,6 Prozent und 2018 bei 1,9 Prozent liegen. Die Frühjahrsprognose wurde am 11. Mai in Brüssel vorgestellt.

Diese Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen in Bezug auf Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 25. April 2017. Die Annahmen zu den Zinssätzen und Rohstoffpreisen spiegeln die zum Zeitpunkt der Prognose von Derivatemärkten abgeleiteten Markterwartungen wider. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 25. April 2017 berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden politische Maßnahmen angekündigt, die einerseits glaubwürdig und andererseits hinreichend spezifiziert sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Frühjahrsprognose 2017 [Link](#)

Daten nach Ländern aufgeschlüsselt [Link](#)

EU-Wirtschaftsprognosen – Website [Link](#)

12

EU-Tierschutzplattform startet



Die Europäische Kommission hat am 12. Mai die Mitglieder der neuen Informationsplattform für den Dialog zum Tierwohl bekanntgegeben. Die Plattform, deren Einrichtung im Januar 2017 beschlossen wurde und die am 6. Juni 2017 erstmals in Brüssel tagen wird, bringt Organisationen aus dem privaten und öffentlichen Sektor, Experten und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Ihr Ziel ist es, über Erfahrungsaustausch und Dialog den Tierschutz in Europa zu verbessern.

Aus den Organisationen, die sich um Mitwirkung an der Plattform beworben hatten, hat die Europäische Kommission 40 Mitglieder aus Forschung, Nichtregierungsorganisationen und Industrie ausgewählt, die restlichen der insgesamt 75 Mitglieder wurden von den Behörden der teilnehmenden Staaten nominiert. Die Organisationen wurden basierend auf ihrer Erfahrung im Bereich des Tierschutzes ausgewählt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Daily News vom 12.05.2017 [Link](#) Website: EU platform on animal welfare [Link](#)

Liste der Mitglieder [Link](#)



Der 21. Mai zum offiziellen europäischen Tag „Natura 2000“ erklärt

Der 21. Mai ist ab sofort der offizielle europäische Tag „Natura 2000“. EU-Umweltkommissar [Karmenu Vella](#) hat dazu am 15. Mai gemeinsam mit Vertretern des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft eine Erklärung unterzeichnet. „Mit dem Europäischen Tag für Natura 2000 bezeugen wir diesem einzigartigen Netz und seinem Nutzen für die Menschen und unsere Wirtschaft unsere Anerkennung. Für mich ist dieses Netz von über 27.000 Schutzgebieten und mit einer Fläche von mehr als 1 Mio. km² zu Land und See, das durch die Zusammenarbeit aller unserer Mitgliedstaaten ermöglicht wurde, eine der wirklich herausragenden Errungenschaften der Europäischen Union“, sagte Vella.



Ab nächsten Sonntag wird dieser Tag alljährlich überall in Europa begangen. Bereits in diesem Jahr finden Hunderte von lokalen Veranstaltungen und Netzwerkaktivitäten in ganz Europa statt.

Natura 2000 ist ein umfassendes Netz aus Gebieten in der EU, mit dem alle wichtigen Lebensräume und gefährdete Arten geschützt werden sollen. Den Rahmen dafür bilden die beiden Naturschutzrichtlinien der EU: die Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie.

Es wurde außerdem der Wettbewerb um den [Europäischen Natura-2000-Preis](#) gestartet. Einsendungen können bis zum 29.9.2017 eingereicht werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Ausführliche Pressemitteilung [Link](#)

Ein Aktionsplan für Menschen, Natur und Wirtschaft [Link](#)

Schlussfolgerungen der Kommission aus dem Fitness-Check der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie [Link](#)

13

Kulturprogramm Kreatives Europa – Tunesien nimmt teil



Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, und der tunesische Außenminister Khemaies Jhinaoui haben am 11. Mai ein Übereinkommen zur Teilnahme Tunesiens am EU-Programm Kreatives Europa unterzeichnet.

Kommissar Navracsics begrüßte die Chance für eine vertiefte Beziehung zwischen der EU und Tunesien über Kultur und Kontakte zwischen den Menschen. „Tunesien wird das erste Land der südlichen Nachbarschaft sein, das am Programm Kreatives Europa teilnimmt und die Unterzeichnung des Abkommens als eines der konkreten Ergebnisse der EU-Strategie zu internationalen kulturellen Beziehungen ist besonders zu begrüßen.“

Das Abkommen muss noch vom tunesischen Parlament ratifiziert werden bevor es in Kraft treten kann. Tunesien soll ab Januar 2018 an dem EU-Kulturprogramm teilnehmen. Ab dann können Akteure aus dem kulturellen und den audiovisuellen Bereich an Kultur und MEDIA, den Teilprogrammen des Rahmenprogramms Kreatives Europa, gleichberechtigt teilnehmen.

Die Länder Nordafrikas und des östlichen Mittelmeerraums bilden einen Schwerpunkt der EU-Außenbeziehungen. Seit 2004 wird die Unterstützung der EU für diese Region in der [„Europäischen Nachbarschaftspolitik“](#) (ENP) gebündelt. Die ENP richtet sich an die Nachbarn



der EU im Osten ("Östliche Partnerschaft": Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine) und im Süden ("Südliche Nachbarschaft": Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die palästinensischen Autonomiegebiete, Syrien, Tunesien). Ziel der ENP ist es, Wohlstand Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft der EU zu stärken. Die ENP bietet keine EU-Beitrittsperspektive.

[Kreatives Europa](#) ist das Rahmenprogramm zur Unterstützung der Kulturbranche und des audiovisuellen Sektors. Kreatives Europa will Projekten einen europäischen Mehrwert geben, um ihren internationalen Erfolg zu vergrößern, die Professionalisierung der Akteure auf internationalem Terrain fördern und neue Publikumskreise erschließen. Es steht kulturellen und kreativen Organisationen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und bestimmten Drittstaaten offen, Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländern sowie den Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik können sich unter bestimmten Voraussetzungen gleichberechtigt an dem Programm beteiligen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 11. Mai 2017 [Link](#)

Partnerschaft EU-Tunesien [Link](#)

Beitritt der EU zur internationalen Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Der Ministerrat hat am 11. Mai dem Beitritt der EU zur internationalen Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbuler Konvention) zugestimmt. Der erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans und Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung, begrüßten die Entscheidung.



Die [Istanbul-Konvention](#) des Europarats ist der ausführlichste internationale Vertrag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Es erkennt Gewalt gegen Frauen als eine Verletzung der Menschenrechte an. Die Konvention regelt gezielte Maßnahmen zur Prävention von Gewalt, den Schutz von Opfern und die Verfolgung der Täter. Die EU-Kommission hat im März 2016 den EU-Beitritt zur internationalen Konvention vorgeschlagen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: Joint-Statement by First Vice-President Timmermans and Commissioner Juorvá on the EU accession to international convention combating violence against women [Link](#)

Kampagne „Say no! Stop violence against women!“ („Sagt Nein! Keine Gewalt mehr gegen Frauen!“) [Link](#)

Erläuternder Bericht zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt [Link](#)



Flugsicherheit in der EU: Schwarze Liste aktualisiert



Die EU-Kommission streicht alle Luftfahrtunternehmen Benins und Mosambiks von der EU-Liste der Fluggesellschaften, denen der Betrieb in der EU untersagt ist. Sie nimmt aber auch vier Luftfahrtunternehmen, jeweils eines aus Nigeria, St. Vincent und die Grenadinen, Ukraine und Simbabwe, in die Liste auf. Das gab die EU-Kommission am 16. Mai in Brüssel bekannt.

Da sich die Flugsicherheitslage in den Ländern Benin und Mosambik verbessert hat, wurden die Luftfahrtunternehmen zugelassen. Dagegen wurden die Luftfahrtunternehmen Med-View (Nigeria), Mustique Airways (St. Vincent und die Grenadinen), Aviation Company Urga (Ukraine) und Air Zimbabwe (Simbabwe) in die Liste aufgenommen, nachdem die [Europäische Agentur für Flugsicherheit](#) Sicherheitsmängel festgestellt hatte.

Mit der Aktualisierung wird insgesamt 181 Luftfahrtunternehmen der Betrieb im Luftraum der EU untersagt:

- 174 in 16 Staaten zugelassenen Fluggesellschaften, wegen mangelnder Sicherheitsaufsicht durch die Luftfahrtbehörden in diesen Ländern;
- sieben einzelnen Luftfahrtunternehmen aufgrund von Sicherheitsbedenken, die sich allein auf diese Luftfahrtunternehmen beziehen: Iran Aseman Airlines (Iran), Iraqi Airways (Irak), Blue Wing Airlines (Surinam), Med-View Airlines (Nigeria), Mustique Airways (St. Vincent und die Grenadinen), Aviation Company Urga (Ukraine) und Air Zimbabwe (Simbabwe).

Darüber hinaus unterliegen sechs weitere Luftfahrtunternehmen Betriebsbeschränkungen und dürfen die EU nur mit bestimmten Luftfahrzeugmustern anfliegen: Afrijet und Nouvelle Air Affaires SN2AG (Gabun), Air Koryo (Demokratische Volksrepublik Korea), Air Service Comores (Komoren), Iran Air (Iran) und TAAG Angola Airlines (Angola).

Mit der [EU-Flugsicherheitsliste](#) soll für die Bürgerinnen und Bürger in Europa ein höchstmögliches Flugsicherheitsniveau gewährleistet werden – eine der obersten Prioritäten der im Dezember 2015 von der Kommission verabschiedeten [Luftfahrtstrategie](#). Die EU-Kommission schreibt nichteuropäische Luftfahrtunternehmen auf die Liste für die in der Europäischen Union Flugverbote oder Betriebsbeschränkungen gelten, weil sie die internationalen Sicherheitsnormen nicht erfüllen.

Sie hilft jedoch auch bei der Verbesserung ihrer Sicherheitsstandards in den betroffenen Ländern, so dass letztendlich Luftfahrtunternehmen aus diesen Ländern Flüge von und nach Flughäfen der Europäischen Union durchführen können. Darüber hinaus ist die EU-Flugsicherheitsliste auch zu einem wichtigen Präventionsinstrument geworden, weil sie Länder mit Sicherheitsproblemen dazu veranlasst, Maßnahmen zu ergreifen, bevor eine Betriebsuntersagung ausgesprochen werden muss.

Grundlage der aktualisierten Flugsicherheitsliste ist eine einstimmige Stellungnahme der Flugsicherheitsexperten aus den Mitgliedstaaten, die vom 25. bis 27. April im EU-Flugsicherheitsausschuss zusammentrafen. Den Vorsitz in diesem Ausschuss führt die Europäische Kommission mit Unterstützung der [Europäischen Agentur für Flugsicherheit](#) (EASA). Zudem wurde die Aktualisierung vom Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt. Für die Beurteilung sind die internationalen Sicherheitsnormen und insbesondere die Normen der [Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation](#) (ICAO) maßgeblich.

- *eag Quelle: PM KOM*



Weitere Informationen:

Liste der Luftfahrtunternehmen, denen der Betrieb in der EU untersagt ist [Link](#)

Bedeutung des Luftverkehrs für die europäische Wirtschaft [Link](#)

EASA-Projekte für technische Zusammenarbeit [Link](#)

715 Europäische Festivals mit dem EFFE-Label ausgezeichnet

Für die Jahre 2017 und 2018 wurden 715 Festivals aus 39 Ländern mit dem EFFE-Label als "herausragende Festivals" ausgezeichnet. In Deutschland erhielten insgesamt 34 Festivals die Auszeichnung. [Europa für Festivals und Festivals für Europa \(EFFE\)](#) ist ein von der EU unterstütztes Label, welches von der [European Festivals Association](#) betrieben wird. Alle zwei Jahre ehrt eine internationale Jury Festivals mit einem außerordentlichen künstlerischen, sozialen und europäischen Engagement. Dabei wird auf Diversität großen Wert gelegt. Festivals aus unterschiedlichen Bereichen und Sparten werden mit dem EFFE-Label ausgezeichnet, um eine breit gefächerte europäische Festivalgemeinschaft voranzubringen. Neben eher kommerziellen und touristischen Festivals werden auch kleinere Kunstfestivals und Newcomer unterstützt.

Bisher erhielten über 1000 Festivals das EFFE-Label. In Anbetracht der erfolgreichen ersten zwei Auswahlprozesse soll das EFFE-Programm von der European Festivals Association im Dialog mit der internationalen EFFE-Jury und EFFE Hubs weiterentwickelt werden. Festivalmacher sind herzlich eingeladen, sich am Auswertungsprozess zu beteiligen.

• *eag Quelle: Creative Europe Desk Newsletter 08/2017*



Mehr erfahren Sie hier: [Link](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Veranstaltung zum Reformationsjubiläum

Für 2017 hat sich die Landesvertretung in Brüssel vorgenommen, verschiedene Veranstaltungen durchzuführen in denen das diesjährige Reformationsjubiläum aufgegriffen werden soll.

In diese Reihe gehörte auch die Veranstaltung vom 10. Mai. Der Abend teilte sich in eine Lesung des Friedrich-Bödecker-Kreises und ein Konzert des A-Capella-Ensembles „Klangbezirk“.

Der Friedrich-Bödecker-Kreis Sachsen-Anhalt betreibt im Interesse des Landes Lese- und Literaturförderung und widmet sich der jugendkulturellen Bildungs- sowie der literarischen



17

Nachwuchsarbeit. Er trägt zur Förderung und Verbreitung der Gegenwartsliteratur des Landes bei. Der Friedrich-Bödecker-Kreis gibt regelmäßig die Literaturzeitschrift „Ort der Augen“, oder auch „oda“ genannt heraus und bietet damit eine Plattform, länderübergreifend Literaturarbeit bekannt zu machen.

Grundlage für den ersten Teil der Veranstaltung bot daher die Buchpremiere der Sonderausgabe 1/2017 der Literaturzeitschrift „oda“. Für das Reformationsjubiläum ist in diesem Jahr die Sonderausgabe entstanden, die sich auf unkonventionelle Art und Weise mit dem Reformator Martin Luther, nämlich dem Bergmann Luther, beschäftigt. Hierzu hörte das Publikum Beiträge des Verlegers Dr. Harry Ziethen und der beiden Autoren André Schinkel und Wilhelm Bartsch. Den Herren gelang es dabei sehr gut, sich der Person Luthers auf etwas andere und teils auch frech-amüsante Weise anzunehmen.





Der musikalische Teil des Abends wurde durch die beeindruckenden Stimmen von Tanja Pannier und Mathias Knoche bestritten, die am Flügel von dem Organisten Daniel Stickan begleitet werden. Gemeinsam bilden sie das Ensemble „Klangbezirk“. Sie präsentierten dem Publikum Auszüge aus der u.a. von Herrn Stickan komponierten Freiheitskantate für Martin



Luther „Nein, lieber Mensch, so nicht!“ die gemischt wurden mit Improvisationen zu Texten von Martin Luther und angereichert mit Bearbeitungen zeitgenössischer Komponisten aus Jazz und Pop. Die Musiker spannten auf diese Weise einen Bogen zwischen dem musikalischen Schaffen Martin Luthers und dem modernen Jazz, der ungewöhnlich, abwechslungsreich und höchst unterhaltsam war.

Im Anschluss an die Veranstaltung hatten die Gäste die Gelegenheit, bei einem Glas sachsen-anhaltischem Wein mit den Mitwirkenden ins Gespräch zu kommen.

Allen Mitwirkenden soll an dieser Stelle noch einmal ein besonderer Dank ausgesprochen werden. • gj

Fotos: Alexander Louvet <http://www.powershoots.be>

18

Podiumsdiskussion: Die Schranken des Urheberrechts für Bildung und Wissenschaft im Lichte der EU-Urheberrechtsreform am 11. Mai 2017

„Der Einsatz technischer Schutzmaßnahmen darf urheberrechtlich erlaubte Nutzungen nicht unterlaufen. Insbesondere sollten das Text- und Data-Mining, Hyperlinks, Snippets und die Erstellung von Thumbnails urheberrechtlich erlaubt sein, weil sie dem Urheber nicht schaden. Wichtig ist zudem, dass europaweit ein einheitliches Urheberrecht gilt. Das sind die wesentlichen Ergebnisse einer Podiumsdiskussion zum Bildungs- und Wissenschaftsurheberrecht im Rahmen der Europawoche 2017. Eingeladen



hierzu hatten das Ministerium für Justiz und Gleichstellung und die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gegenübergestellt wurden der Richtlinienvorschlag der Kommission über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt vom September 2016 und der Entwurf der Bundesregierung für ein Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz, zu dem der Bundesrat am 12. Mai eine Empfehlung abgegeben hat. Es diskutierten Julia Reda, MdEP, Prof. Dr. Malte Stieper (Halle), Prof. Dr. Katharina de la Durantaye (Berlin), Prof. Dr. Haimo Schack (Kiel) und



Prof. Dr. Eric W. Steinhauer (Fernuniversität Hagen). Zu Inhalt und Ergebnissen gibt es einen Blogbeitrag, der online abrufbar ist unter <https://blog.llz.uni-halle.de/2017/05/podiumsdiskussion-urhwissg/>.

• Gastartikel Frank-Michael Fruhner / Foto: Sabine Overkämping"

Arbeitskreis KMU tagt in Landesvertretung zum Thema „Next Generation Internet“

Der Arbeitskreis KMU (AK KMU), der sich aus deutschen und österreichischen Vertretern (u.a. auf Länder- und Verbandsebene) zusammensetzt und als informeller Kreis regelmäßig aktuelle Fragen mit KMU-Bezug diskutiert, tagte am 16. Mai 2017 in der Landesvertretung Brüssel.



Thema war die so genannte Initiative „Next Generation Internet (NGI), welche die Europäische Kommission im Herbst 2016 gestartet hatte. Gemeinsam mit Forschern, Startups und KMUs will sie im Rahmen dieses neuen, schnelleren und flexibleren Arbeitsprogramms neue Internet- Technologien erschließen, fördern und die Forschung vorantreiben. Digitalisierungsexperten aus Sachsen-Anhalt (u.a. Hochschule Harz) wirken ebenfalls am Entstehen des NGI mit. Die

NGI-Initiative hat zudem oberste Priorität im IKT Arbeitsprogramm 2018-2020 des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020.

Die NGI Initiative ist auf lange Zeit angelegt und wird sich vor allem neuen Technologiefeldern – wie zum Beispiel dem verbesserten Schutz für private Daten oder auch neuen Architekturen des Internets und dezentralen Datensystemen sowie neuartigen 'Discovery Tools' – widmen. Die Europäische Kommission will das Internet der Zukunft dabei als ein leistungsfähiges, offenes, datengetriebenes, benutzerzentriertes und interoperables Plattform-Ökosystem gestalten.

Nicole Müssigmann von der Generaldirektion CONNECT der Europäischen Kommission, die federführend für die NGI-Initiative verantwortlich ist, präsentierte dem Arbeitskreis KMU die Einzelheiten der nächsten Generation des Internets. Sie informierte, dass eine öffentliche Konsultation zum NGI von 14. November 2016 bis 9. Januar 2017 stattfand, an der 450 Personen teilnahmen und zu der mittlerweile auch ein Abschlussbericht vorliege. Im Zuge der NGI-Kampagne würden zudem Veranstaltungen und



Workshops in den EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt, so z.B. erst kürzlich auch in Deutschland am 11. Mai 2017 in Berlin im Rahmen des Smart Data Forums. Die Europäische Kommission plane darüber hinaus die Einführung einer Online-Karte, die die verschiedenen Initiativen in den EU-Mitgliedsstaaten zusammenführt. Akteure im Bereich Digitalisierung aus Sachsen-Anhalt könnten sich laut Müssigmann ebenso in die Liste eintragen und mit anderen Personen über die Webseite der Europäischen Kommission in Kontakt treten. •dw

Weitere Informationen

- [NGI-Initiative der Europäischen Kommission](#)
- [Abschlussbericht Konsultation zur NGI-Initiative](#)
- [Veranstaltungen zum NGI](#)

INTERREG-Projekt PURE COSMOS tagt in der IB - Weniger Bürokratie durch Digitalisierung

Magdeburg. Bereits seit Montag (15. Mai) trafen sich die internationalen Projektpartner von PURE COSMOS in Magdeburg. Das mit EU-Mitteln geförderte INTERREG-Projekt setzt sich für weniger Bürokratie ein und untersucht dabei die Anforderungen an einen digitalen Förderprozess, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Als einer von acht Partnern ist die Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) diesmal Gastgeber für die Teilnehmer aus Spanien, Italien, Griechenland, Tschechien, Großbritannien und Ungarn.



Im Mittelpunkt des gestrigen Treffens (17. Mai), das sogenannte Study Visit, stand das Thema "Förder- und Finanzierungsmodelle für kleine und mittlere Unternehmen in einer regionalen Investitionsbank". Dabei wurde insbesondere auf die Investitionsbank als Schnittstelle zwischen öffentlicher Verwaltung und Unternehmen und als erster Ansprechpartner für den Kunden geblickt.

In vielen europäischen Regionen werden Förderdienstleistungen von unterschiedlichen Institutionen angeboten. Ein Unternehmen hat für ein Vorhaben, welches Zuschüsse, Darlehen und Bürgschaften beanspruchen möchte, allein hierfür oftmals schon drei verschiedene Ansprechpartner.

Insofern blickt **Enrica Spotti von der Stadt Genua**, dem Leadpartner im PURE COSMOS-Projekt, respektvoll auf die Lösungen in Sachsen-Anhalt: „Mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bietet das Bundesland für einen wesentlichen Teil der zur Verfügung stehenden Wirtschaftsförderprogramme einen zentralen





Ansprechpartner. Die Unternehmen erfahren aus einer Hand, wie sie verschiedene Förderbausteine ergänzend zu den Finanzierungslösungen ihrer Hausbanken einsetzen können. Das spart Zeit und somit Geld.“

Hintergrundinformationen

PURE COSMOS ist eines von 64 erfolgreich beantragten Projekten – beworben hatten sich 261 Projekte – im ersten Fördermittelwettbewerb des Programms INTERREG Europe. Insgesamt verfügt das Programm INTERREG Europe innerhalb der Förderperiode 2014 - 2020 über ein Budget in Höhe von rund 359 Millionen Euro. Es wird aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert und zielt auf die Verbesserung der regionalen Entwicklung durch interregionale, grenzüberschreitende Kooperationen. • *Gastartikel*
Presseinfo Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 18. Mai 2017

Europäische Forschungsförderung – Informationsveranstaltung



DAS EU-HOCHSCHULNETZWERK VERANSTALTET
GEMEINSAM MIT DEM ENTERPRISE EUROPE NETWORK
(EEN) AM MONTAG, 19.
JUNI 2017, 13:00 –
15:30UHR IM
TAGUNGSRaum DER



UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DER OTTO-VON-GUERCKE UNIVERSITÄT DIE
INFORMATIONSVANSTALTUNG „EUROPÄISCHE FORSCHUNGSFÖRDERUNG FÜR
KOOPERATIONEN ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT“ WOZU WIR SIE
HERZLICH EINLADEN.

Wir stehen Unternehmen zur Seite

21

Forschende, ManagerInnen und EntwicklerInnen, die interessiert sind an europäischer Forschungsförderung, Internationalisierung und Transfer erfahren hier ganz konkret, wie das Netzwerk und andere Akteure sie bei der Antragstellung im Rahmen des Programms „HORIZONT 2020“ unterstützen und gemeinsame Anträge initiiert und durchgeführt werden können. Es wird gezeigt, welche Ausschreibungen aktuell veröffentlicht sind und welche praktischen Beteiligungsmöglichkeiten bestehen.

Im Mittelpunkt des Tages stehen Erfahrungsberichte von Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft darüber, welche Vorteile sich für sie aus derartigen Forschungsk Kooperationen ergeben haben, welche Hürden sie zu bewältigen hatten und welche Lehren sie aus den Prozessen gezogen haben. Zudem besteht die Möglichkeit persönlich mit den Experten des EU-Hochschulnetzwerks sowie des Enterprise Europe Network ins Gespräch zu kommen, die Ihnen mit Rat und Tat bei der Entwicklung Ihrer konkreten Projektidee zur Seite stehen.

Wir würden uns sehr freuen, Sie auf der kostenfreien Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Bitte melden Sie sich über den Link www.ttz.ovgu.de/?KoopKMU für die Veranstaltung an.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.euhoerschulnetz-sachsen-anhalt.de/veranstaltungen.html>. • *Gastartikel*

Bei Fragen steht Ihnen Frau Franziska Wolf gerne zur Verfügung.

Kontakt: Franziska Wolf, Tel. +49 391 67 52997, F.Wolf@ovgu.de



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Ausschreibung der Stelle des Exekutivdirektors (m/w) des Gemeinsamen Unternehmens Clean Sky 2 in Brüssel (Bediensteter auf Zeit — Besoldungsgruppe AD 14) COM/2017/20019
Fundstelle: Abl.	C 146 A vom 11. Mai 2017 http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2017:146A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	13. Juni 2017
Antragsunterlagen:	Für die Bewerbung ist eine Online-Registrierung auf folgender Website erforderlich: https://ec.europa.eu/dgs/human-resources/seniormanagementvacancies/ . Folgen Sie den dortigen Anleitungen zu den einzelnen Verfahrensschritten. Zwecks weiterer Auskünfte und/oder bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per E-Mail an: HR-SM-VACANCIES@ec.europa.eu .

Ausschreibung des Europäischen Kooperationsprojektes "eeemerging"

22

Hinter dem Projekttitel "[eeemerging](#)" versteckt sich das europäische Kooperationsprojekt Emerging European Ensembles, das neue Talente auf dem europäischen Markt für Alte Musik (vom Mittelalter bis in die Romantik) fördern will. Während des vierjährigen Projekts sollen junge Ensembles unterstützt werden, indem ihnen bessere Arbeitsbedingungen und mehr Unterstützung geboten werden, so dass sie europaweit mehr Sichtbarkeit erlangen und das Bewusstsein für das barocke Musikerbe Europas erweitern. Neben den acht Partnerorganisationen aus sieben europäischen Ländern, darunter die [Internationalen Händel-Festspiele](#) aus Göttingen, wirken 37 weitere internationale Organisationen sowie sechs europäische Netzwerke an eeemerging mit.

EEEMERGING

Junge Ensembles können sich bis zum **5. Juni** für die Teilnahme an einer dreijährigen Förderung durch "eeemerging" bewerben. Sie beinhaltet unter anderem spezielle Trainingseinheiten, Probemöglichkeiten, Konzerte und Aktivitäten zur Publikumsentwicklung in verschiedenen europäischen Orten, Aufnahmen sowie die Erstellung bzw. Erweiterung der Internetpräsenz. Die Ausschreibung richtet sich an Ensembles, die seit weniger als drei Jahren existieren und aus zwei bis 14 Musikern bestehen, die ein Durchschnittsalter von 32 Jahren oder weniger vorweisen sollen. Insgesamt 20 Ensembles werden zu Auditions vom 4. bis 8. September eingeladen, anhand derer über die zu fördernden Musiker entschieden wird.

• *eag Quelle: Creative Europe Desk Newsletter 08/2017*

Mehr erfahren Sie hier: [Link](#)



Preisausschreiben des Europäischen Kooperationsprojekts "Turn on Literature"

Das Europäische Kooperationsprojekt „[Turn on Literature](#)“ sucht Werke im Bereich Elektronische Literatur für Ausstellungen in den Städten Bergen (Norwegen), Ramnicu Valcea (Rumänien) und Roskilde (Dänemark). Bis zum **10. Juni** können elektronische Arbeiten, die literarische Aspekte mit multimedialen Möglichkeiten aufgreifen und präsentieren, eingereicht werden. Es geht nicht darum, E-Books, also digitale Bücher auszustellen, sondern vielmehr sollen computerbasierte Methoden Literatur auf neue Art und Weise erfahrbar machen. Fünf Werke werden ausgewählt und in Bibliotheken jeder Stadt für jeweils fünf Wochen präsentiert. Von diesen Fünf erhält die überzeugendste Arbeit den „Turn on“ Preis. Der Gewinner des Preises erhält Anerkennung in digitalen und lokalen Medien sowie ein Preisgeld in Höhe von 1000 Euro.



„Turn on Literature“ ist ein von KREATIVES EUROPA – KULTUR gefördertes Kooperationsprojekt und beschäftigt sich mit der Präsenz und Wahrnehmung digitaler Literatur in der Öffentlichkeit. Die teilnehmenden Bibliotheken aus Dänemark, Norwegen und Rumänien untersuchen, wie die Möglichkeiten der Digitalisierung im literarischen Bereich genutzt werden können, um neues Publikum zu erreichen. • *eag Quelle: Creative Europe Desk Newsletter 08/2017*

Mehr erfahren Sie hier: [Link](#)

23

Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt sucht neue(n) Mitarbeiter/-in

Schon seit der ersten Stunde unterstützt das Land Sachsen-Anhalt ein regionales Konsortium des 2008 von der Europäischen Kommission gegründeten Enterprise Europe Network. Das Netzwerk zur Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen besteht mittlerweile aus rund 600 wirtschaftsnahen Organisationen in mehr als 60 Ländern in und außerhalb Europas. Vertreten durch die Konsortialpartner tti Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg GmbH und die Industrie- und Handelskammer Magdeburg unterstützt das Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt mit einem breiten Dienstleistungs- und Informationsangebot auch Unternehmen aus Sachsen-Anhalt auf Ihrem Weg in internationale Märkte und auf der Suche nach Kooperationspartnern. Um auch weiterhin die internationale Sichtbarkeit von Unternehmen, Produkten, Dienstleistungen und Technologien aus Sachsen-Anhalt zu stärken, sucht die tti Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg GmbH aktuell Verstärkung im Team des Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt. Interessierte können sich auf der Webseite des Unternehmens näher über das Stellenangebot informieren: <http://www.tti-md.de/ueber-uns/stellenangebote>



Weitere Informationen zur Arbeit des Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt finden Sie hier: www.een-sachsen-anhalt.de

Kontakt:

Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt c/o

tti Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg GmbH



Marko Wunderlich
Koordinator Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Tel: 0391-7443541
E-Mail: mwunderlich@tti-md.de
Web: www.ttimd.de, www.een-sachsen-anhalt.de



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Projektname Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Interreg Europe Italy	Monica Bartolini monica.bartolini@regione.toscana.it	Tuscany Region is looking for partners to submit a project proposal under the Interreg Europe Programme. The proposal is aimed at strengthening and innovating regional policies to support the development of community-led Initiatives in the field of conservation of natural resources, landscape care and environmental risk prevention.
Stocktaking study on the needs of family carers COFACE	Magdi BIRTHA mbirtha@coface-eu.org	The International Day of Families is celebrated on the 15th of May every year. In 2017, the observance will highlight the importance of all caregivers in families, be it parents, grandparents or siblings and looks at good practices for work-family balance to assist parents in their caregiving roles. In light of this important UN initiative, COFACE Families Europe and its COFACE Disability branch, are launching today a major data collection to map the needs and challenges of family members who are fulfilling caregiving, or supporter role. Families in Europe are greatly affected by current social and demographical changes, such as the growing ageing population, changing family structures, or the situation of intergenerational families. The purpose of this data collection is on one hand, to explore some of the challenges faced by family carers in accessing adequate resources, services, or time arrangements in different EU Member States. On the other hand, we hope to find some good examples of national, or local policies that help family carers to balance their work, family and personal life. Target group: Family carers, informal carers and people from different EU Member States who are fulfilling a caring role towards a member of their family.



		<p>Languages: The questionnaire is available in English, German, Dutch, French, Italian, Portuguese, Spanish, Slovenian. However, we would be happy to receive answers from any other EU countries.</p> <p>Data collection: From 15 May to 30 June 2017</p> <p>More information about the International Day of Families 2017: "Families, education and well-being": www.un.org/development/desa/family</p> <p>Social Media: #DayOfFamilies @UNDESA @COFACE EU</p>
Creative Europe programme (action: Culture). Poland	Agnieszka Wieczorek agnieszka.wieczorek@wi elkopolska.eu	<p>The Poznań Philharmonic (Wielkopolska Region, Poland) is looking for partners for a project under the Creative Europe programme (action: Culture).</p> <p>The project will have an interdisciplinary scope and will be based on two pillars:</p> <ol style="list-style-type: none">1. The work and life of Fryderyk Chopin.2. Unusual concerts venues, unusual scenery of concerts ("from underground into the sky"). <p>The project aims at:</p> <ul style="list-style-type: none">• promoting the music of the composer;• musical education;• bringing together enthusiasts of Chopin in Europe;• proving that classical music is not boring. <p>In the project there are already involved partners from Italy (Milan), Czech Republic (Prague) and Poland.</p> <p>The consortium is particularly searching for partners:</p> <ul style="list-style-type: none">• from countries or places where Chopin played or those with unusual concerts venues,• from Spain (Majorca), Italy, France (Paris) and Denmark, Finland, Germany, Czech Republic. <p>The Poznań Philharmonic is also interested in cooperating with an entity (for example university) which would support the technical side of the project (website, phone application). Project time frame: 2018-2020. Deadline for expression of interest: 23rd June.</p>



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



In den Quizfragen in dieser Woche geht es um das Europäische Jugendforum.

27

1) Wer kann dem Europäischen Jugendforum beitreten?

- a) Jeder im Alter zwischen 16 und 27 Jahren aus Europa
- b) gemeinnützige europäische Jugendverbände und nationale Jugendringe der Mitgliedsstaaten
- c) Jeder EU-Bürger, der sich sozial für die Belange junger Menschen engagiert

2) Wie viele Mitglieder hat das Europäische Jugendforum (2017)?

- a) 150
- b) 103
- c) 113

3) Welches oberste Ziel verfolgt das europäische Jugendforum?

- a) Das Ziel ist es, allen europäischen Jugendlichen Platz für Freiräume zu geben.
- b) Das Ziel ist es, die Interessen aller europäischen Bürger in einer jugendgerechten Art und Weise umzusetzen.
- c) Das Ziel ist eine Vertretungsarbeit im Namen aller europäischen Jugendlichen.

4) Wann wurde das Europäische Jugendforum gegründet?

- a) 2002
- b) 1991
- c) 1996



Antworten:

1b) Dem Forum kann man nicht als Einzelperson beitreten – nur internationale/ europäische Jugendverbände und nationale Interessensvertretungen/ Jugendringe können Mitglied werden.

2b) Momentan besteht das Europäische Jugendforum aus insgesamt 103 Mitglieds-Organisationen.

3c) Die Ziele und Aufgaben des Europäischen Jugendforums ist Vertretungsarbeit im Namen aller europäischen Jugendlichen. Es ist offiziell anerkannt von der Europäischen Union, dem Europarat und den Vereinten Nationen.

4c) Das EYF wurde 1996 gegründet, als Zusammenschluss mehrerer europäischer Verbände, wie CENYC (Council of European National Youth Committees) oder YFEU (Youth Forum of the European Union), die teilweise bis in die 1960er Jahre zurückreichen.

28

Das Europäische Jugendforum (YFJ, vom französischen „Youth Forum Jeunesse“, Englisch: „European Youth Forum“) ist die Plattform der nationalen Jugendvertretungen und internationalen NGO Jugendorganisationen in Europa. Es hat seinen Sitz in Brüssel, jedoch vertreten nationale Jugendverbände die Interessen der einzelnen Länder. Das europäische Jugendforum beschäftigt sich zum Beispiel mit Themen wie die Wahlalter 16, bezahlte Praktika, mehr Investitionen für Jugendbildung oder Freiwilligendienste. Nähere Infos gibt es unter <http://www.youthforum.org/>. Bei den Studienfahrten von GOEUROPE! nach Brüssel besuchen wir nicht nur die Europäischen Institutionen, sondern regelmäßig auch das Europäische Jugendforum.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Ulrike Goldfriedrich (UG)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

